

## Antrag

der Fraktion der CDU

### Entschließung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung  
– Drucksache 17/7300 –  
Landeshaushaltsgesetz 2019/2020 (LHG 2019/2020)

### Investieren. Entlasten. Zukunft schaffen. Landesprogramm „Starke Familien!“

Der Landtag stellt fest:

Die Leistungen, die Familien für die Gesellschaft erbringen, sind von unschätzbarem Wert. Die in den Familien gegenseitig gewährte Unterstützung sowie die erbrachte Erziehungsleistung sind nicht zu ersetzen und stellen einen wichtigen Baustein für den Zusammenhalt der Gesellschaft dar. Gerade Erziehung und Bildung sind Kernaufgaben der Eltern. Das ist ihr gutes Recht, aber auch ihre Pflicht. Sie tun das mit großem Einsatz und dem Willen, für ihre Kinder gute Zukunftschancen zu sichern. Immer wieder auftauchende negative Ausnahmen dürfen nicht den Blick dafür verstellen, dass sich die weit überwiegende Zahl der Eltern mit großer Kraft für ihre Kinder einsetzt. Erhebungen zeigen, dass Eltern auch unabhängig von zeitlichen und finanziellen Ressourcen ihr Bestes tun, damit es ihren Kindern gut geht. Das ZEW hat jüngst durch eine detaillierte Studie nachgewiesen, dass Familien aller Einkommensbereiche familienpolitische Geldleistungen stets zugunsten der gesamten Familie und der Kinder im Besonderen verwenden. Die ehrabschneidenden Verdächtigungen von Eltern im Zusammenhang mit der Betreuungsgelddebatte haben sich nachweislich als falsch erwiesen.

In einer pluralen Gesellschaft fallen Entscheidungen naturgemäß äußerst vielfältig aus. Es ist die Aufgabe einer verantwortungsvollen Familienpolitik, den unterschiedlichen Familienmodellen Respekt zu zollen und sie in ihren unterschiedlichen Bedürfnissen zu unterstützen. Eine Verengung der Familienpolitik auf nur einige – häufig auch wenig repräsentative – Formen wird der Wirklichkeit nicht gerecht. Besonders betroffen davon sind die kinderreichen Familien. Sie stellen einen Anteil von rund 11 Prozent aller Familien mit Kindern – ausschließlich unter 18 Jahren. Werden erwachsene Kinder mitgezählt, liegen die Zahlen erheblich höher. Insgesamt wächst mehr als ein Viertel aller Kinder mit zwei oder drei Geschwistern auf. In der gesellschaftspolitischen Diskussion nehmen sie jedoch wenig Raum ein. In den vergangenen Jahren wurden familienpolitische Maßnahmen kaum dahingehend überprüft, wie sie auf kinderreiche Familien wirken. Ihre besonderen Herausforderungen finden zu wenig Beachtung. Dies muss sich ändern.

Die einseitige Bevorzugung eines Familienmodells verbietet sich heute mehr denn je. Eine moderne Familienpolitik hat deshalb das Prinzip der Wahlfreiheit zu betonen. Sowohl die Entscheidung von Eltern, in den ersten drei Lebensjahren ihrer Kinder oder darüber hinaus die Erwerbsarbeit zu unterbrechen, als auch die Entscheidung,

in dieser Familienphase Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren, haben den vollen Respekt und Unterstützung von Gesellschaft, Politik und Wirtschaft verdient. Die aktuelle familienpolitische Debatte steht diesem Grundsatz leider entgegen. Allzu oft schlägt die familienpolitische Debatte in eine pauschale Verurteilung von Eltern um, die eine Zeit lang auf Erwerbsarbeit verzichten, um ihre Kinder zu erziehen. Diese Eltern haben sich nicht für ihre Entscheidung zu rechtfertigen. Sie haben viel mehr Respekt und eine faire Berücksichtigung im Rahmen der familienpolitischen Leistungen verdient. Deshalb muss auch die Debatte um die Wiedereinführung des Landesfamiliengeldes erneut geführt werden. Denn es stellt einen wichtigen Baustein zur familiären Wahlfreiheit dar.

Die Kindertagesstätte ergänzt die elterliche Betreuung, Fürsorge und Bildung – ersetzen kann sie sie nicht. Sie leistet aber einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Kinder und zur besseren Abstimmung des Familienlebens. Deshalb ist eine Partnerschaft auf Augenhöhe zwischen Eltern und Kindertagesstätten entscheidend. Der regelmäßige wechselseitige Austausch hilft, jeweils die gesamte Lebenswelt des Kindes in den Blick zu nehmen. Dies ist umso wichtiger, da der elterliche Einfluss immer schwerer wiegt, als die Zeit in der Kindertagesstätte. Deshalb ist es enorm wichtig, dass die Kindertagesstätten ihre Ziele mit den Eltern absprechen und sie in die Zielerreichung der Kindertagesstätten einbinden.

Die Elternarbeit im Elternausschuss der Kindertagesstätte oder auf regionaler Ebene und Landesebene sind gute Beispiele für ein kooperatives Miteinander. Die Elternvereine sind wichtige Diskussionsforen, um die Perspektive der Kindertagesstättenarbeit zu beleuchten. In hunderten Fördervereinen engagieren sich darüber hinaus tausende Eltern für ihre Kindertagesstätte vor Ort und arbeiten ganz konkret für bessere Betreuungsbedingungen ihrer Kinder. Dieses bürgerschaftliche Engagement verdient große Wertschätzung.

Einseitige Abwertungen der familiären Erziehungs- und Bildungsleistungen aus dem politischen Bereich heraus sind deshalb kontraproduktiv und gefährden das gute Miteinander von Familie und Kindertagesstätte. Es muss stets deutlich sein, dass es allein die Eltern sind, die die Entscheidung treffen, wann und in welchem zeitlichen Umfang ihr Kind die Kindertagesstätte besucht. Denn Eltern sind in Bezug auf ihr Kind keine Laien, sondern die ersten Experten, wenn es um die Persönlichkeitsentwicklung des Kindes geht. Deshalb sind auch die Vielfalt der Betreuungsmöglichkeiten und die freie Wahlmöglichkeit der Eltern wichtig. Nur ein flexibles und offenes Betreuungssystem eröffnet die notwendigen Spielräume, um Familien in ihren individuellen Konstellationen gerecht zu werden.

Eine gute Familienpolitik muss lebensnah und praktisch an den Bedürfnissen der Familien orientiert sein. Das heißt, es braucht flexible und schnell abrufbare Angebote. Dem steht die Realität leider bisher entgegen: Die Träger von Familienangeboten sind das Land, die unterschiedlichen kommunalen Ebenen sowie gemeinnützige Organisationen. Dasselbe gilt für wichtige Informationen, die Familien betreffen. Hier gibt es Informationen von Bundes- und Landesebene als auch von kommunalen und freien Trägern. Um Familien den Zugang zu vereinfachen, ist eine landesweite Bündelung über ein Internetportal oder eine App eine lebensnahe und praktikable Antwort. Eine bloße Zusammenstellung bestehender Angebote auf einer Internetseite wird den Bedürfnissen von Familien nicht gerecht. Erst eine Filterfunktion nach Angebotstypen, Themen und Regionen ermöglicht Familien eine zeitsparende und unkomplizierte Orientierung über die familienpolitischen Möglichkeiten und Angebote.

Eltern erbringen großartige Erziehungsleistungen. Dennoch gibt es Grenzen, an denen man unterstützende Hilfe braucht. Dasselbe gilt für die Ehe. Die Scheidungsrate ist mittlerweile rückläufig und die durchschnittliche Ehedauer steigt seit Jahren wieder an. Daher sollte man Paare auf ihrem Weg noch besser unterstützen und ein partnerschaftliches und ausgeglichenes Eheleben weiter stärken. Denn Familie bleibt das Lebensmodell Nummer eins in Rheinland-Pfalz, wobei die allermeisten jungen Menschen sich eine auf einer dauerhaften Partnerschaft beruhende Familie wünschen.

Deshalb fordert der Landtag die Landesregierung auf:

- den Eltern für ihre engagierte Erziehungs- und Bildungsleistung für ihre Kinder zu danken und Abwertungen der Elternleistungen zugunsten der Kindertagesstätte entschieden entgegenzutreten;
- den verschiedenen Familienmodellen mit Respekt und Fairness zu begegnen;
- die jüngsten Ergebnisse zur Wirksamkeit von familienpolitischen Geldleistungen durch das ZEW zu würdigen und ein Konzept zur Einführung eines Landesfamiliengeldes vorzulegen, das die elterlichen Anstrengungen angemessen berücksichtigt, Wahlfreiheit schafft und die Zahl der Kinder in einer Familien angemessen berücksichtigt;
- einen Familienatlas zu etablieren, in dem alle Informationen und Angebote für Familien der verschiedenen Träger landeszentral gesammelt, gefiltert und so zeit-sparend und zielgenau zugänglich gemacht werden. Der Familienatlas ist interaktiv und regional gegliedert als Internetportal und als Familien-App zu gestalten;
- verstärkt das konkrete Familienleben neben der Kindertagesstätte zu fördern. Dies muss neue Fördermöglichkeiten für Elterninitiativen und Krabbelgruppen vor Ort beinhalten, wie z. B. Bildungsaufwendung, Sachausgaben oder Vernetzungen:
  - kurzfristige Betreuungsmöglichkeiten in den Kommunen durch Tageseltern oder Babysitter auf Abruf;
  - zur Unterstützung des konkreten Ehe- und Familienlebens die Paar- und Erziehungsberatung deutlich ausweiten;
  - durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit für eine verbesserte Akzeptanz kinderreicher Familien werben;
  - empirisch erheben, wo die spezifischen familienpolitischen Bedürfnisse kinderreicher Familien liegen;
  - die Arbeit der Eltern in Fördervereinen und Elternausschüssen ausdrücklich begrüßen und durch eigene Fördermöglichkeiten unterstützen;
  - das Miteinander von Eltern und Kindertagesstätten auf Augenhöhe im Sinne einer Bildungspartnerschaft gestalten und durch neue Fördermöglichkeiten und Vernetzungsangebote fördern.

Für die Fraktion:  
Martin Brandl

